



Liebe Freundinnen und Freunde sozialdemokratischer Kommunalpolitik,



Christian Großmann

Foto: SGK Brandenburg

**Heija, der frische Mai,
Er bringt uns mancherlei,
Das Schönste aber hier auf Erden
Ist lieben und geliebt zu werden...**

Als der Dichter und Maler Wilhelm Busch vor mehr als hundert Jahren diese Zeilen seines Frühlingsliedes dichtete, hat er mit größter anzunehmender Wahrscheinlichkeit weder an Städte und Gemeinden, noch an eine Landesplanung oder die kommunalen Finanzen gedacht. Und dennoch sind mir die Worte des Dichters durch den Kopf gegangen als ich über die anstehenden Vorhaben nachgedacht habe, welche gerade viele Aktive auf der kommunalen Ebene bewegen.

Also, was bringt uns der frische Mai?

Da ist zum einen der geänderte Entwurf des Landesentwicklungsplanes „Hauptstadtregion“ – kurz LEP HR.

Ein Aufregerthema?! In zahlreichen Städten und Gemeinden sind in den letzten Wochen die kommunalen Stellungnahmen zur zweiten Auslegung erarbeitet, beraten und beschlossen worden. Mancherorts war die Diskussion kontrovers und es wurde häufig bemängelt, dass der überarbeitete Entwurf wiederum einige Wünsche der kommunalen Familie augenscheinlich unerfüllt lassen wird. Aber wie sieht es bei den entscheidenden, den Brot-und-Butter-Themen aus? Und da zeigt sich: Bei genauerer Betrachtung ist der Plan gar nicht so schlecht, wie ihn gerade Vertreter der Landes-CDU – allen voran Henryk Wichmann – reden wollen.

In der ersten Auslegung drehten sich die meisten Stellungnahmen um die Themen zentrale Orte, die Grundfunktionalen Schwerpunkte sowie die Versorgungs- (Einzelhandel) und

Siedlungsentwicklung. Gerade hier macht die geänderte Fassung jetzt ein paar neue Aussagen, die durchaus positiv sind. So können auch gerade kleine Gemeinden von der Erweiterung der Wohnbauflächen für die Eigenentwicklung auf einen Hektar pro 1.000 Einwohner für zehn Jahre profitieren. Damit werden dann auch die beharrlichen Kritiker eines Besseren belehrt, die unermüdlich durchs Land touren, den Untergang des Brandenburger Dorfes vorhersagen und den Menschen mit verkürzten, mehr noch mit falschen Aussagen Angst machen. Im Gegenteil: Es muss niemand Angst haben, die Enkel könnten wegen des LEP HR nicht mehr auf Omas Grundstück im Dorf bauen.

Auch der zweite kommunale Kritikpunkt wurde aufgegriffen: Mit einer nachvollziehbaren Begründung zu den Mittelzentren sowie dem Weg-

Inhalt

Kommunalpolitisches Engagement – ein kurzes Vorwort

(Keine) Frauen in der Kommunalpolitik

Viele Fragen und die Suche nach Antworten

Vorankündigung Kommunalkongress 2018 der SGK Brandenburg

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:
SGK Brandenburg e.V.,
Alleestraße 9, 14469 Potsdam

Redaktion: Rachil Ruth Rowald,
Geschäftsführerin, V.i.S.d.P.
Telefon: (0331) 73 09 82 01

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

fall der starren Einzugsbereiche wird das Zentrale-Orte-System transparenter. Dazu kommt die Möglichkeit, zukünftig im Rahmen der Regionalplanung auch Grundfunktionale Schwerpunkte (GSP) auszuweisen. Dass sie damit nicht eins zu eins die einst im LEP BB gestrichenen Grundzentren ersetzen werden, ist mir durchaus bewusst. Mit den GSP werden aber weitere Möglichkeiten geschaffen, um zumindest planerisch ein Mehr bei der Siedlungsentwicklung (zusätzliche Wachstumsreserve von zwei ha pro 1.000 Einwohner) und der Versorgung zu schaffen. Dass dies die Kritiker – auch beim Städte- und Gemeindebund – nicht auf der ganzen Linie zufriedenstellen wird, mag sein.

Sind wir aber mal ehrlich: eine Hauptmotivation für die damaligen Proteste gegen den Wegfall der Grundzentren, lag doch auch in der mit diesem Status verbundenen Einwohnerveredelung im Finanzausgleich. Und welche Kommune lässt sich klaglos Geld wegnehmen. Ob nun zukünftig mit der Ausweisung der Grundfunktionalen Schwerpunkte eine Dotierung im Finanzausgleichsgesetz verbunden sein wird, ist momentan noch nicht klar. Diese Diskussion ist aber nicht unter der Überschrift LEP HR, sondern beim FAG zu führen.

Finanzausgleich

Damit bin ich auch schon beim zweiten, dieser Tage heiß diskutierten Thema: bei der aktuellen Gesetzesnovelle zum Brandenburgischen

Finanzausgleichsgesetz – kurz FAG. Mit der nunmehr siebten Änderung soll den Ergebnissen des jüngsten Symmetriegutachtens Rechnung getragen werden. Mit der Umstellung des kommunalen Finanzsystems vom Gemeindefinanzierungsgesetz hin zum FAG war seinerzeit auch der Auftrag erteilt worden, die Entwicklung der Landes- und der gemeindlichen Finanzen zu untersuchen; dabei sollte der Frage nachgegangen werden, ob sich beide Seiten gleich (symmetrisch) oder unterschiedlich schnell verändern. Mit dem FAG-Beirat war zudem ein Gremium geschaffen worden, das sich mit den Ergebnissen der von der Wissenschaft erstellten Gutachten auseinandersetzen sollte.

Schon die Gutachten der letzten Jahre haben eine leichte „Benachteiligung“ der kommunalen Seiten belegt. Diese wurde aber seitens des Finanzministeriums unter Zündung finanztechnischer Nebelkerzen und immer zum Nachteil der gemeindlichen Ebene wegdiskutiert.

Das neueste Ergebnis des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Universität zu Köln (FiFo Köln) spricht aber nunmehr eine deutliche Sprache: Um die asymmetrische Entwicklung auf den beiden Seiten wieder ins Lot zu bringen, ist eine Steigerung der Verbundquote – also des kommunalen Anteils an den Landeseinnahmen, aus dem sich das FAG im Wesentlichen speist – um 2,2 Prozentpunkte auf dann 22,2 Prozent vonnöten. In Geld aus-

gedrückt geht es um ein Mehr von rund 175 Millionen Euro.

Der Vorschlag des Finanzministers beläuft sich allerdings nur auf eine Steigerung um jeweils 0,8 Prozentpunkte in den Jahren 2019 und 2020.

Um es an dieser Stelle ganz klar zu sagen: Das ist zu kurz gesprungen, Herr Görke! Die Zeit der Nebeltöpfe ist vorbei. Die Kommunen im Land verlangen einen auskömmlichen Anteil an den Landeseinnahmen. Dies sind auch keine Geschenke, Almosen oder Wohltaten. Es geht hier um die angemessene Finanzierung der öffentlichen Aufgaben, die von den Städten, Gemeinden und Landkreisen – auch auf Veranlassung des Landes – für die Menschen vor Ort erbracht werden.

Der Gesetzgeber hatte sich nicht umsonst für eine wissenschaftliche Begleitung des FAG entschieden. Nun, da die vorgelegten Zahlen eine ungleiche Finanzentwicklung zulasten der kommunalen Familie aufzeigen, muss dieses Ergebnis anerkannt und die Verbundquote entsprechend erhöht werden. Alles andere wäre unlauter.

Dieses Ringen um Prozente und viele Millionen erinnert dann auch stark an die Tarifverhandlungen, wie sie zuletzt zwischen den Gewerkschaften und den kommunalen Arbeitgebern geführt worden sind. Und bei Lichte betrachtet ist dieser Vergleich gar nicht mal so abwegig.

Hier wie dort geht es um eine angemessene Finanzierung qualitativ guter Leistungserbringung. Ob Kinderbetreuung, Infrastruktur oder Daseinsvorsorge generell – die Themen sind stets die gleichen. Für die Kolleginnen und Kollegen konnte ein auskömmlicher und vertretbarer Abschluss erzielt werden.

Und die Kommunen? Sie können nicht direkt in Verhandlungen mit der Landesregierung eintreten, umso mehr brauchen sie für ein vergleichbares Resultat starke Verbündete. Nach dem nun vorgelegten und, wie gesagt, ungenügenden Regierungsentwurf kommt es jetzt auf den Brandenburger Landtag und die die Regierung tragenden Fraktionen an. Der kommunalen Familie ist in der laufenden Wahlperiode Vieles zugemutet worden. Es wird Zeit, wieder einen Schulterchluss zwischen Land und Kommunen zu bewerkstelligen: für das Land, für die Kommunen – und: für die Menschen in Brandenburg!

Ihr

Christian Großmann
Kommissarischer Vorsitzender
der SGK Brandenburg

Anzeige

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL
DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

**JETZT
AUF FACEBOOK
BESUCHEN!**
[www.facebook.com/
demo.online](http://www.facebook.com/demo.online)

Gefällt mir

DEMO

VORWÄRTS-KOMMUNAL

■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK



**JETZT
kostenlos
Probelesen!**

Probeabonnement für 3 Ausgaben
jetzt kostenlos bestellen:

www.demo-online.de

☎ 030/740 73 16-61

Dieses Abonnement ist kostenfrei
und läuft automatisch aus.



„Die Bekämpfung von Rechts-
extremismus ist nach wie vor ein
aktuelles und zentrales Thema.
Wer den ‚blick nach rechts‘
regelmäßig liest, erkennt
die aktuellen Gefahren von
Rechtsaußen und kann sachkundig
argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz:
www.bnr.de

Kommunalpolitisches Engagement – ein kurzes Vorwort

Warum es sinnvoll ist, sich dort einzubringen, wo man lebt

Autor SGK Brandenburg

Kommunalpolitik ist das, was um einen herum stattfindet, während man gerade an etwas anderes denkt. Auf der kommunalen Ebene, den Keimzellen der Demokratie, werden die Entscheidungen getroffen, die nicht nur auf das eigene tägliche Leben Auswirkungen haben, sondern auch auf die Landespolitik und nicht selten auch darüber hinaus. Auf der kommunalen Ebene entscheidet sich auch, ob Bürgerinnen und Bürger sich ernstgenommen fühlen und ob die Erfahrungen und die Bedürfnisse, die sie haben und äußern, umgesetzt werden oder aber begründet nicht umgesetzt werden. Letztlich hängt damit auch zusammen, ob sich eine positive Grundeinstellung zu demokratischen Werten entwickeln kann, auch wenn manchmal unpopuläre Entscheidungen vertreten werden müssen. Das sind hohe Ansprüche, die sich sicherlich nicht in jeder Sitzung einer Gemeindevertretung zeigen, die aber letztlich viele Menschen dazu bewegt haben überhaupt erst in dieser Versammlung zu sitzen.

Engagierte Bürgerinnen und Bürger werden gebraucht

Viele haben sich mit dem, zum Teil vorläufigen, Ausgang der Landratswahlen im April beschäftigt und auch jetzt noch wird an vielen Orten gewählt. Im kommenden Jahr stehen zudem landesweit Kommunalwahlen an und Kreistage, Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen, Ortsbeiräte, Bürgermeister- und Ortsvorsteherpositionen in Brandenburg warten auf engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv beteiligen möchten oder dies bereits tun. Das erfordert sicherlich auch die Bereitschaft sich aus der Mitte der örtlichen Gemeinschaft heraus zu enga-

gieren und gleichzeitig den Kontakt zur Lebenswirklichkeit der eigenen Gemeinde nicht zu verlieren und die Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger im Blick zu behalten.

Und ja, Kommunalpolitik ist zeitaufwändig. Zumeist findet es ehrenamtlich statt. Der größte Teil der ehrenamtlich Tätigen verbringt in etwa zehn Stunden wöchentlich mit dem kommunalen Ehrenamt und bei einigen, bedingt nicht zuletzt durch herausgehobene Ämter, werden es schnell mehr. Tatsächlich sind es ja nicht einfach nur ein paar Sitzungen, ein wenig Freizeit und hin und wieder das Lesen von Unterlagen. Der Beruf, Kinder und anderweitige Verpflichtungen sind unter einen Hut zu bringen. Und nein, es gelingt nicht immer letztlich das durchzusetzen, was – gemessen an dem eigenen Anspruch – vielleicht gut und richtig wäre. Dabei sind Gespräche zu führen, Termine wahrzunehmen und man muss sich auf dem Laufenden halten, um Entscheidungen zu treffen und zu vertreten, die sich auf die Einwohner/innen des eigenen Ortes unmittelbar auswirken.

Dennoch lohnt es sich, sich zu engagieren! Und nicht nur, weil es deutlich spannender und lebensnäher ist als das durchschnittliche abendliche Fernsehprogramm und weil man zudem unter Leute kommt, mit denen man das diskutieren und planen kann, was einem selber für das eigene Umfeld wichtig ist. Man muss auch eine Haltung finden, zu sich und dem eigenen Lebensumfeld.

Katja Artz und Melanie Balzer, beide langjährig kommunalpolitisch engagiert, haben sich darüber Gedanken gemacht und berichten im Folgenden von ihren Erfahrungen.

(Keine) Frauen in der Kommunalpolitik

Warum man manchmal auch Ausdauer mitbringen muss

Autorin Katja Artz

Katja Artz wohnt gemeinsam mit ihrer Tochter und ihrem Lebenspartner in der Gemeinde Linthe. Seit 2014 ist sie Gemeindevertreterin und sachkundige Einwohnerin des Kreistages Potsdam-Mittelmark. Sie ist Mitglied der SPD, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Linthe und parteipolitisch aktiv.

25.5.2014 am Morgen

Aufgeregt gehe ich wählen. Nicht meine erste Wahl, aber meine erste Wahl in Linthe. Hier wohne ich seit Januar 2014 und bin angetreten Bürgermeisterin und Gemeindevertreterin zu werden.

25.5.2014 am späten Abend

68,9 Prozent der Lintherinnen und

Linther sind wählen gegangen. 207 Stimmen gingen an mich, 296 an den Kandidaten der CDU. Nun gut. Es hat nicht sein sollen mit dem Bürgermeistermandat.

Das Mandat für die Gemeindevertretung habe ich errungen, ein guter Anfang in Linthe.

Nun, im Jahr 2018, stellt sich die Frage: Trete ich wieder an? Als Gemeindevertreterin? Gar als Bürgermeisterkandidatin? Ich entscheide das nicht allein, soviel ist klar. Aber will ich das? Gemeindevertreterin zu sein ist nicht immer einfach. Wir sind zwei SPDlerinnen von elf. Und wir kämpfen hart für unsere Überzeugungen.

Das hat uns bereits den Ruf der ewigen Meckerinnen eingebracht.

Einen guten Monat nach der Wahl fand die konstituierende Sitzung der Gemeindevertretung statt. Trotz des zweitbesten Ergebnisses bei den Gemeindevertretern bin ich keine stellvertretende Bürgermeisterin geworden und habe keinen Sitz im Amtsausschuss erhalten. Die Herren haben das unter sich ausgemacht. Man(n) zeigte gleich, wer das Orchester leitet und wer die Instrumente tragen darf.

Und so lernte ich im Laufe der folgenden Jahre nicht nur die Gemeinde Linthe und ihre Bewohner besser

kennen, sondern auch die Brandenburger Kommunalverfassung.

Wie wichtig diese ist und Ausdauer ebenso, zeigte sich in so vielen Sitzungen.

Befangenheit bei Beschlüssen? Fristen und Gründe für verkürzte Einladungen? Herstellung der Öffentlichkeit? Eilentscheidungen? Um nur einige Stichpunkte zu nennen.

Ich lernte und das tue ich heute noch, um all das Wissen, was die „Alten“ haben, aufzuholen.

Wer mit wem verwandt ist – und das kann manchmal ganz schön entschei-

Anzeige



DAS DEBATTENPORTAL

DER SOZIALDEMOKRATIE

vorwärts.de

DEBATTIEREN

Wir treiben wichtige politische und gesellschaftliche Debatten voran.

VERNETZEN

Wir verbinden Menschen und Organisationen, die der Sozialdemokratie nahestehen.

POSITIONIEREN

Wir zeigen Haltung und beziehen klar Stellung zu aktuellen Themen.

BESUCHEN SIE UNS UND DISKUTIEREN SIE MIT!

dend sein. Wo früher die heimliche „Müllkippe“ der Gemeinde war und warum es der Gemeinde nicht guttut, dieses Grundstück zu kaufen, dann zu verpachten und vielleicht am Ende irgendwann Inhaberin eines ziemlich verunreinigten Grundstückes zu sein.

Ich lerne und lerne noch immer, wieso eine Zusammenlegung von Orten zu einer Gemeinde so unendlich viel Zeit benötigt, bis die Bewohner sich irgendwann als eine Gemeinde sehen.

Unglückliche Zusammenlegung

Linthe, Alt Bork und Deutsch Bork sind 2003 zusammengelegt worden zur Gemeinde Linthe. Jetzt ist es nicht so, dass diese Ortsteile direkt nebeneinander liegen. Zwischen Linthe und Deutsch Bork liegen Schlalach und jede Menge Landesstraße und Felder. Zwischen Deutsch Bork und Alt Bork sieht es nicht besser aus. Im Jahr 2016 waren wir 896 Einwohner – Pro km² 30 Einwohner.



Katja Artz

Foto: privat

Ein glückliches Händchen bei einer Zusammenlegung von Orten sieht aus meiner Sicht anders aus und manchen Bewohnern fällt es heute noch oft schwer zu verstehen, dass wir eine Gemeinde sind und nur zusammen und gemeinsam Dinge bewegen.

Ich lernte auch, wie wichtig es ist, den Haushaltsplan sehr genau zu lesen – und im besten Fall zu verstehen. Es kann nämlich vorkommen, dass dort Ausgaben stehen, die durchaus diskussionswürdig sind, aber mit Beschluss des Haushaltes dann gesetzt sind.

Man muss manchmal sehr viel Ausdauer mitbringen, um Dinge zu erreichen. Ein schönes Beispiel ist die Lagerung von Grünschnitt. An einem zentralen Ort wurde, mit Akzeptanz von einigen Gemeindevertretern, Grünschnitt „gesammelt“. Dort konnte jeder, der wollte, seinen Rasen und Baumschnitt einfach abladen. Entsorgt wurde dann für viel Geld durch die Gemeinde. Gut zwei Jahre hat es gedauert und auch jede Menge unfreundliche Worte sind gefallen, aber am Ende bringt nun jeder seinen Grünabfall selber zur einen Kilometer entfernten Annahmestelle oder nutzt die vom Kreis angebotenen Laubsäcke oder die Biotonne und die Gemeinde muss nicht mehr in ihrer Gesamtheit für die doch offensichtliche Faulheit einiger Ortsteilbewohner finanziell die Last tragen.

Ein weiteres Beispiel für Ausdauer findet sich im § 22 der Brandenburger Kommunalverfassung mit dem schönen Wort „Mitwirkungsverbot“. In so einer doch recht kleinen Gemeinde berührt man als Gemeindevertreter schnell diesen Paragraphen. Sei es als Vorstandsmitglied eines Vereins, wenn die Gemeindevertretung beschließen soll, diesem Verein nun viel Geld zukommen zu lassen oder als Familienmitglied, wenn es um Vergabe von Wohnungen geht. Und so dauerte es viele Sitzungen, bis jedem Gemeindevertreter verständlich wurde, warum er bei manch einem Beschluss nicht mitdiskutieren und abstimmen sollte.

Einen Satz den ich auch sehr oft höre: „Parteipolitik hat hier nichts zu suchen“. In einer der letzten Ausgaben der DEMO wurde bereits ein schönes Beispiel von einer „grünen“ und einer „nicht grünen“ Umgehungsstraße genannt. Ich musste sehr schmunzeln. Parteipolitik hat durchaus etwas in einer Gemeindevertretung zu suchen. Ich bin Sozialdemokratin und damit sind faire Ar-

beitsbedingungen, zum Beispiel für die Erzieherinnen und Erzieher unserer Gemeinde, für mich nicht diskutierbar. Dazu gehört es auch sich Gedanken zu machen Geld in die Hand zu nehmen, um eine neue Kita zu bauen. Damit die Erzieherinnen und Erzieher Rückzugsmöglichkeiten haben, aber auch damit die Kinder genügend Raum haben, sei es für Kreativität oder einfach zum Toben. Das sieht nicht jeder Gemeindevertreter so. Leider.

Nicht nur Dank erwartet einen

Gemeindevertreterin zu sein heißt auch, sich unbeliebt zu machen. Und das schafft man schnell und mit Ablehnung eines einzelnen Beschlusses, wie zum Beispiel „Mittelvergaben an Vereine“. Vereine sind wichtig. Sehr sogar. Oft sind sie es, die den Zusammenhalt der Bewohner in Gemeinden fördern. Die ehrenamtliche Arbeit im Sportverein oder bei den Schützen ist unbezahlbar.

Dennoch sollte dies kein Freibrief sein, Gelder der Gemeinde mit vollen Händen auszugeben. Jedes Jahr können Vereine und Interessengruppen der Gemeinde Gelder beantragen. Sollen sie auch. Ohne Frage. Wenn diese Vereine und Interessengruppen dann aber gewitzter Weise ihren Verein unterteilen in Alte Herren und Männermannschaft und dann doppelt beantragen, dann geht mir das zu weit und dann lehne ich es ab. Und wenn die Mittelvergabe nun in einem Beschluss für alle Vereine steht, dann muss ich leider alles ablehnen. Hinterher fragt übrigens niemand mehr nach dem Warum. Man hat sich einfach unbeliebt gemacht.

In gut zwölf Monaten sind Wahlen. Kommunalwahlen. Natürlich auch in Linthe. Sollte man deshalb seine Augen verschließen, um ein gutes Wahlergebnis zu erhalten? Für mich gibt es da ganz klar nur eine Antwort. Nein.

Gemeindevertreter gestalten ganz maßgeblich ihre Gemeinde mit. Das Aussehen, die Finanzen, das Miteinander. Jede und Jeder kann genau hier in diesem Gremium die Belange seines Heimatortes, seiner unmittelbaren Nachbarschaft mitbestimmen. Sollte man also 2019 antreten? Ein ganz klares JA!

Anzeige



KOMMUNAL, SOZIAL, DEMOKRATISCH

DER DEMO-NEWSLETTER!

EINFACH ABONNIEREN

Auf www.demo-online.de/newsletter
Ihre E-Mail-Adresse sowie Vor- und Nachnamen eingeben und bestellen.

Erscheint 1x im Monat.
Kostenlos und aktuell.

Viele Fragen und die Suche nach Antworten

Mehr Frauen in die Kommunalpolitik

Autorin Melanie Balzer

Melanie Balzer wohnt in der Gemeinde Linthe und ist dort seit zehn Jahren Mitglied der Gemeindevertretung. Seit 2014 ist sie Mitglied des Kreistages Potsdam-Mittelmark und stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Sie ist Mitglied der SPD und im Ortsvereins-, Unterbezirks- und Landesvorstand parteipolitisch aktiv. Die 35-Jährige ist verheiratet und hat vier Kinder. Wer mit ihr zum Thema „(Keine) Frauen in der Kommunalpolitik“ diskutieren möchte oder Vorschläge zur Gewinnung von mehr Frauen für die Kommunalwahllisten 2019 hat, erreicht sie unter melanie.balzer@t-online.de.

Es ist Montag. Die SPD-Kreistagsfraktion Potsdam-Mittelmark tagt. Elf Männer gehören ihr an. Und vier Frauen. Dienstag, die Gemeindevertretung Linthe trifft sich. Acht Männer und drei Frauen entscheiden über das Wohl der Bürgerinnen und Bürger. Am Donnerstag berät der Kreistag Potsdam-Mittelmark. Er hat 56 Mitglieder, davon 42 Männer und 14 Frauen. Drei Beispiele aus dem Bereich meines ehrenamtlichen Engagements. Drei Beispiele aus dem Land Brandenburg. Ein Land mit 2,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. 50 Prozent Männer, 50 Prozent Frauen.

In den drei genannten Gremien beträgt die Frauenquote 25 bis 27 Prozent. Eine Studie der Universität Potsdam aus dem Januar 2018 zeigt, dass der durchschnittliche Frauenanteil in brandenburgischen Gemeindevertretungen sogar nur bei 23,3 Prozent liegt. Ist Kommunalpolitik also eine Männerdomäne? Der prozentuale Anteil zeigt, dass sich die Frage mit „ja“ beantworten lässt. Aber woran liegt es, dass deutlich mehr Männer als Frauen Entscheidungen in den Kommunen treffen? Werden Frauen die Wege von den Männern versperrt?

Nur gut ein Viertel aller Mandate in brandenburgischen, kommunalpo-

litischen Vertretungen wird durch Frauen besetzt. Und das, obwohl wir uns doch täglich schwören, dass wir einander gleichbehandeln und gleichberechtigt sein wollen. Wer hat da versagt? Die Parteien, weil sie bei Listenaufstellungen zu wenig auf Frauen zugehen? Die Wählerinnen und Wähler, weil sie mehr Männern als Frauen ihre Stimmen gaben? Oder womöglich die Frauen selbst, weil sich zu wenige in Parteien organisieren und sich nicht für Wahlen zu Gemeindevertretungen und Kreistagen aufstellen lassen? Sind sie selber schuld an den unausgewogenen Machtverhältnissen?!

Das kommunalpolitische Engagement von Frauen scheint allen Bemühungen um Gleichberechtigung zu trotzen. Egal wie viel Wert auf paritätisch besetzte Listen für Kreistags- oder Gemeinderatswahlen gesetzt wird: Wenn es zu wenige Frauen gibt, die sich engagieren wollen, läuft es im Zweifel eben doch darauf hinaus, dass sich mehrheitlich Männer zur Wahl stellen. Das kann man ihnen schlecht verübeln. Die kommunalpolitisch aktiven Männer haben Spaß an dieser Art der Freizeitbeschäftigung und tun ganz nebenbei auch noch etwas für das Gemeinwohl. Das verdient Respekt. Und wie bei jeder ehrenamtlichen Tätigkeit ist es nicht selbstverständlich, dass sie ihre Freizeit für andere „opfern“.

Kein Verdrängungsproblem

Bei der Diskussion um mehr Frauen in Partei- und kommunalpolitischen Strukturen geht es allzu oft, um eine Substitutions-Debatte. „Mehr Frauen in der Kommunalpolitik“ ist eben nicht der Ersatz für „die Männer müssen Platz machen“. Wären sie nicht, würden manche Listen zu Kommunalwahlen traurig aussehen. Denn wenn nach dem Reißverschlussprinzip „ein Männlein, ein Weiblein“ schon Schluss wäre, geriete manche Liste äußerst kurz. Das Problem ist häufig nicht, dass die vielen Männer die wenigen Frauen verdrängen,

sondern eher, dass die „Ressource Frau“ nicht im ausreichendem Maße vorhanden ist bzw. sich zum Mitmachen bereit erklärt. Muss man also schlussfolgern, dass Frauen schlicht und ergreifend weniger interessiert an politischen Entscheidungsprozessen sind und sich deshalb weniger ehrenamtlich in der Kommunalpolitik engagieren?

Frauen sind anders engagiert

In einer nicht repräsentativen Umfrage und Umschau in meinem eigenen ehrenamtlichen Gefilde fällt auf, dass Frauen durchaus engagiert sind. Ihr Engagement unterscheidet sich jedoch sowohl temporär als auch thematisch. Sie sind Elternvertreterinnen im Kindergarten und in der Grundschule, sie sind Mitglied im Kita-Ausschuss und engagieren sich als Trainerinnen im Sportverein oder als Helferinnen in der Flüchtlingsinitiative. Die Frauen engagieren sich demnach in Tätigkeitsbereichen, die zeitlich begrenzt sind (meist ein bis zwei Jahre bei Elternvertretungen in Schulklassen und Kita-Ausschüssen), die sie gemeinsam mit ihren Kindern wahrnehmen können (Sportvereine, Bastelgruppen u.ä.) und die flexibel in den Tagesablauf integriert werden können (Helferinnen in der Flüchtlingsinitiative).

In der Kommunalpolitik engagieren sich die Frauen in meiner nicht-repräsentativen Umfrage aus folgenden Gründen bislang nicht: Einige können sich nicht vorstellen, dass sie Beruf und Familie mit den Sitzungszeiten und der Sitzungsdauer vereinbaren können. Andere sagen, sie hätten keine Ahnung von Politik und wüssten nicht, was man in einer Gemeindevertretung alles beachten und wissen muss. Und die ein oder andere sagt offen, dass sie die meisten Themen auf der Tagesordnung nicht interessieren.

Zugegeben: Meine Feldstudie hinkt. Sowohl die Datengrundlage als auch die wissenschaftliche Aufarbeitung



Melanie Balzer

Foto: privat

sind nicht ganz fachgerecht ... Dennoch: Kennen wir in unserem Umfeld nicht alle Frauen, wie die hier beschriebenen? Wenn das Problem also ein landesweites ist, wie bereiten wir uns mit Blick auf die Kommunalwahlen 2019 darauf vor? Mit welchen Strategien wollen wir versuchen, mehr Frauen für die Kommunalwahllisten und schlussendlich für die kommunalen Vertretungen zu gewinnen? Welche kurzfristigen Lösungen gibt es bis 2019 und was müssen wir uns langfristig für kommende Wahlen einfallen lassen? Braucht es vielleicht gar eine Neuordnung der tradierten, kommunalen Versammlungsstrukturen? Strukturen, die sich einzelnen Themen zuwenden und zeitlich kürzer agieren?! Strukturen, die auch auf einen intermediären Austausch setzen und die physische Anwesenheit zum Teil ersetzen könnten?!

Es bleiben uns kommunalpolitisch Aktiven nur wenige Monate, um den vielen Fragen auf den Grund zu gehen und das Ziel paritätisch besetzter kommunaler Vertretungen anzupacken. Wer Ideen hat, Vorschläge unterbreiten möchte oder das alles hier ganz anders sieht, der und die kann sich gern an mich wenden.



Vorankündigung Kommunalkongress 2018 der SGK Brandenburg

**am Samstag, den 23. Juni 2018
ab 9.30 Uhr
in der Heimvolkshochschule am Seddiner See
(Seeweg 2, 14554 Seddiner See)**

Der Kommunalkongress der SGK Brandenburg wird in diesem Jahr unter dem Motto

„Digitalisierung der Kommunen“

stehen. Als fachkundige Referentinnen und Referenten sind nicht nur Vertreter der Brandenburger Landesregierung, sondern auch versierte Praktiker eingeladen. Ein detailliertes Programm wird folgen!

Im Anschluss findet die Mitgliederversammlung der SGK Brandenburg statt. Neben der Besetzung des Vorstandsvorsitzes wählen wir auch die Delegierten für die Delegiertenversammlung der Bundes-SGK am 23. und 24. November in Kassel.

Die SGK Brandenburg hat die Möglichkeit

14 Mitglieder zu entsenden.

Wer Interesse an der Teilnahme hat und kandidieren möchte, meldet sich bitte in der SGK-Geschäftsstelle Potsdam!

.....

Aus organisatorischen Gründen wird um eine Anmeldung gebeten: telefonisch unter 0331-73098201, via E-Mail an info@sgk-potsdam.de oder postalisch an die SGK Brandenburg, Alleestraße 9, 14469 Potsdam